

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DFS/SK



Grossratsgeschäftsnummer: 24/BS 19/205
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DFS/SK

Bericht der GFK-Subkommission DFS/SK zum Budget 2026 und zum Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DFS/SK:

Präsident: KR Gabriel Macedo, Amriswil
Mitglieder: KR Maja Brühlmann Zwahlen, Sulgen
 KR Hans Feuz, Altnau
 KR Marcel Wittwer, Schocherswil

Allgemeine Bemerkungen zum Budget 2026 und zum Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029

Räte

Das Budget 2026 der Räte (Regierungsrat und Grosser Rat) weist im Vergleich zum Vorjahr einen moderaten Mehraufwand aus. Dieser resultiert im Wesentlichen aus einmaligen Mehrausgaben im Bereich Repräsentation und Konferenzen sowie aus höheren Entschädigungen aufgrund der gestiegenen Geschäftslast des Grossen Rates.

Staatskanzlei (SK)

Das Budget 2026 der Staatskanzlei wurde unter klaren Sparvorgaben erstellt. Bereits zu Beginn des Budgetprozesses mussten die Ämter und Dienststellen Reduktionen vornehmen. Insgesamt konnten im Verlauf des Prozesses Einsparungen von rund 400'000 Franken erzielt werden. Diese resultieren insbesondere aus dem Verzicht auf Erklärvideos bei Abstimmungen, dem Wegfall des Statistischen Jahrbuchs, der Reduktion von Zeitungsabonnements, dem Verzicht auf externe Weiterbildungen und Projektausgaben sowie durch die Wiederverwendung von Büromöbeln.

Trotz dieser Sparvorgaben enthält das Budget 2026 zusätzliche Stellen, die sich aus neuen Aufgaben ergeben:

- eine 50%-Stelle für die Ausdehnung des E-Voting auf das Inlandelektorat,
- eine 50%-Stelle für die Fachperson Datenschutz im Verbund mit den Kantonen SG-AR-AI-TG (Kostenanteil TG: 12.5 %),
- sowie eine 80%-Stelle beim Amt für Daten und Statistik infolge neuer Aufgaben im Bereich Gesundheitsstatistik und der Umsetzung der Strategie Open Government Data.

Die Schwerpunkte der Staatskanzlei im Jahr 2026 liegen in der Digitalisierung (Einführung des Dokumenten- und Informationsmanagementsystems CMI, elektronische Post- und Rechnungsverarbeitung, Vorbereitung des elektronischen Amtsblatts ab 2027), in

der Umsetzung des Pilotprojekts E-Voting ab März 2026, sowie in der Überprüfung und Reduktion der Erlasse im Thurgauer Rechtsbuch.

Zu den besonderen Ereignissen im kommenden Jahr zählen der Kantonsabend im Rahmen des CH-Regierungsseminars in Interlaken, der Gastkantonsauftritt bei der Vereidigung der Schweizergarde in Rom sowie die Halbzeitbilanz zu den Regierungsrichtlinien 2024–2028.

Departement für Finanzen und Soziales (DFS)

Das Budget 2026 weist gegenüber dem Budget 2025 einen Aufwandanstieg von rund 88.6 Mio. Franken (+7.6 %) und eine Ertragssteigerung von rund 80 Mio. Franken (+4.4 %) auf. Der Nettoertrag liegt damit geringfügig unter dem Vorjahr.

Die wesentlichen Treiber der Aufwandsteigerung für das kommende Jahr sind höhere Kosten im Gesundheitswesen (Tarifanpassungen, steigende Pflage tage), Mehraufwendungen in der Sozialhilfe und bei den Ergänzungsleistungen sowie steigende Beiträge für soziale Angebote. Auf der Ertragsseite führen höhere Steuereinnahmen (+48 Mio. Franken) und Dividendenerträge – insbesondere die AXPO-Sonderdividende – zu Mehrerträgen.

Nicht budgetiert war dagegen eine Ausschüttung der Schweizerischen Nationalbank. Während der Beratungen in der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission wurde ein Antrag gestellt, eine doppelte SNB-Ausschüttung von insgesamt 43.2 Mio. Franken in das Budget aufzunehmen. Dieser Antrag stützte sich auf den sehr positiven Zwischenabschluss der SNB: Im dritten Quartal 2025 erzielte die Nationalbank einen Gewinn von 27.9 Mrd. Franken, was nach einem Verlust im ersten Halbjahr zu einem Neunmonatsgewinn von 12.6 Mrd. Franken führte. Angesichts dieser Entwicklung kann mit einer Ausschüttung gerechnet werden. Sollte sie dennoch ausbleiben, verfügt der Kanton über eine Schwankungsreserve von 138.8 Mio. Franken, welche zur Abfederung eingesetzt werden könnte.

Im DFS wurden die vom Regierungsrat vorgegebenen Sparaufträge konsequent weitergeführt. Einsparungen ergaben sich unter anderem durch Kürzungen bei externen Experten und Honoraren, bei IT- und Schutzmaterialausgaben sowie bei Beiträgen an Präventions- und Gesundheitsmassnahmen.

Im ursprünglichen Budgetentwurf beantragte das DFS 11.8 neue Stellen (davon 9.8 in der Steuerverwaltung sowie je eine Stelle in der Finanzverwaltung und im Amt für Gesundheit). Im Rahmen der Beratungen der Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission wurden 6 Stellen (entspricht 900'000 Franken) gestrichen. Damit verbleiben im Budget 2026 3.8 neue Stellen in der Steuerverwaltung, eine Stelle in der Finanzverwaltung und eine Stelle im Amt für Gesundheit.

Budget 2026 DFS

Generalsekretariat

Das Budget 2026 des Generalsekretariats zeigt eine leichte Abnahme im Aufwand gegenüber dem Vorjahr. Ursache ist der Wegfall einzelner projektbezogener Mittel, insbesondere für den im Vorjahr finanzierten Bericht zur Freiwilligenarbeit. Der Ertrag erhöht sich durch gestiegene Gebühreneinnahmen im Gesundheitsbereich, wodurch sich der Kostendeckungsgrad von 31 % auf 34 % verbessert.

Das Generalsekretariat übernimmt 2026 verstärkt koordinierende Aufgaben im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Finanzhaushaltsgesetzes, der Departementsstrategie und der Weiterentwicklung der Digitalisierungsprojekte im DFS. Der personelle Aufwand bleibt stabil. Anpassungen ergeben sich bei den Sachausgaben für juristische Dienstleistungen, IT-Lizenzen und Fachberatung. Der Fokus liegt auf einer verbesserten Abstimmung zwischen den Ämtern, insbesondere bei Finanz- und Steuerprojekten.

Personalamt

Das Budget 2026 des Personalamts bleibt weitgehend stabil. Schwerpunkte bilden die Weiterentwicklung der Lohnsystematik, die Harmonisierung der HR-Prozesse und die Unterstützung der Departemente in arbeitsrechtlichen und personalpolitischen Fragen. Im Sachaufwand sind geringfügige Mehrausgaben für Schulungen und digitale Tools zur Personaladministration enthalten. Die Aufwände für externe Beratungen werden hingegen reduziert.

Die Fluktuation in der kantonalen Verwaltung liegt nach mehreren Jahren auf einem konstanten Niveau, bewegt sich aber in einzelnen Bereichen weiterhin über dem Durchschnitt. Um die Stabilität der Verwaltung sicherzustellen, werden Massnahmen zur Personalbindung und Nachfolgeplanung intensiviert.

Die Zahl der Langzeitabsenzen hat in den letzten Jahren leicht zugenommen, insbesondere im Zusammenhang mit psychischen Belastungen und Langzeitkrankheiten. Das Personalamt setzt deshalb auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit dem betrieblichen Gesundheitsmanagement, die Einführung präventiver Massnahmen zur Früherkennung sowie auf gezielte Reintegrationsprogramme.

Der Personalaufwand bleibt im Rahmen der ordentlichen Entwicklung, wobei die Umsetzung der Lohnanpassungen und die Nachführung der Sozialversicherungsbeiträge den grössten Anteil ausmachen. Strukturelle Änderungen im Personalbestand oder zusätzliche Stellen sind im Budget 2026 nicht vorgesehen.

Finanzverwaltung

Der Aufwand der Finanzverwaltung erhöht sich im Budget 2026 insbesondere aufgrund zusätzlicher Leitungs- und Koordinationsaufgaben im Budget-, Controlling- und Berichtswesen. Die Anforderungen an die Finanzsteuerung haben sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht, insbesondere durch die Umsetzung der Revision des Finanzhaushaltsgesetzes, die Weiterentwicklung von HRM2, die wachsende Komplexität

des Aufgaben- und Finanzplans sowie die Koordination von Finanzprojekten mit mehreren Departementen.

Zur Bewältigung dieser Mehrbelastung und zur Sicherstellung einer termingerechten, qualitativ konsistenten Berichterstattung ist eine zusätzliche Stelle im Bereich Finanzsteuerung und Controlling vorgesehen. Diese soll die Leitung der Finanzverwaltung gezielt bei der Erstellung des Budgets, des Aufgaben- und Finanzplans, der Staatsrechnung sowie bei der Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente entlasten. Darüber hinaus übernimmt die neue Fachperson Querschnittsaufgaben in der Analyse und Vereinheitlichung der Finanzkennzahlen über alle Departemente hinweg.

Das interne Kontrollsystem (IKS) wird derzeit umfassend überarbeitet. Nach Abschluss der Grundlagenphase im Jahr 2025 erfolgt 2026 die Einführung eines neuen, systemgestützten IKS-Tools, das die Nachvollziehbarkeit und Dokumentation der Kontrollen verbessern soll. Das bisherige, teilweise manuelle Verfahren wird damit abgelöst. Ziel ist es, ein einheitliches, digitalisiertes Kontrollumfeld zu schaffen, das sowohl die Anforderungen der Finanzkontrolle als auch der Revisionsstellen erfüllt. Parallel dazu werden Schulungen in allen Departementen durchgeführt, um das neue IKS bis Ende 2026 flächendeckend einzuführen.

Im Sachaufwand sind Mehrausgaben für die Einführung des neuen Systems, die Weiterbildung des Personals und die Anpassung der Berichterstattungsprozesse enthalten. Der Ertrag bleibt stabil. Die Erhöhung des Gesamtaufwands ergibt sich ausschliesslich aus dem zusätzlichen Personal- und Projektaufwand zur Stärkung der finanziellen Steuerungs- und Kontrollfunktionen.

Steuerverwaltung

Im Budget 2026 steigen die Personalaufwendungen infolge der verbleibenden 3.8 neuen Stellen zur Stärkung der Veranlagungskapazität (nach Kürzung von 6 Stellen durch die GFK). Priorität haben der weitere Abbau der Rückstände und die Stabilisierung der Veranlagungsleistung bei natürlichen und juristischen Personen. Parallel wird die IT-Erneuerung etappenweise weitergeführt; grössere Umsetzungsschritte verschieben sich teilweise ins Jahr 2027, wodurch die Informatikkosten 2026 weniger stark zunehmen als ursprünglich geplant.

Der Veranlagungsrückstand wurde seit dem Höchststand im Februar 2025 (rund 108'000 Fälle natürliche Personen) bis August 2025 auf rund 87'000 Fälle reduziert. Bei der Veranlagung von juristischen Personen sank der Rückstand per August 2025 auf 2'450 Fälle. In der Quellensteuer beträgt der Rückstand noch 1.5 Monate. Bei den Liegenschaftenschätzungen reduzierte sich der Bestand auf 3'700. Ein wesentlicher Flaschenhals bleibt die Prüfung von Wertschriftenverzeichnissen: Die Zahl der zu prüfenden Fälle stieg von 45'157 (2020) auf 79'375 (2024) (+75.8 %) und die Unterlagen gehen vermehrt unvollständig bzw. zeitlich spät ein, was aufwändige Rückfragen verursacht.

Zusätzlich erhöhen Airbnb-Vermietungen, Influencer-Einkommen und Kryptowährungen die Fallkomplexität und den Prüfaufwand. Diese Entwicklungen wirken sich auf Prüf- und Veranlagungszeiten aus.

Ertragsseitig wird 2026 mit höheren Staatssteuererträgen gerechnet: Aufholeffekte bei den Veranlagungen natürlicher Personen, Zuzüge sowie robuste Erträge bei juristischen Personen und Spezialsteuern (inkl. Grundstückgewinne) stützen die Ertragsentwicklung.

Sozialamt

Der Aufwand des Sozialamts steigt im Budget 2026 moderat an. Hauptursache sind die weiterhin hohen Zahlen an Schutzsuchenden und Asylgesuchten, die eine anhaltend hohe Belastung der Unterbringungs- und Betreuungsstrukturen bewirken. Entsprechend steigen die Aufwendungen für Unterbringung, Betreuung, Integrationsprogramme und Rückkehrhilfe.

Der Personalaufwand bleibt stabil, während im Sachaufwand Einsparungen bei externen Beratungen, Informatikdienstleistungen und Verwaltungsaufwendungen realisiert werden. Rückstellungen für Schutzmaterial aus der Pandemiezeit werden teilweise aufgelöst, was den Anstieg abschwächt. Die Beiträge an Gemeinden und Institutionen erhöhen sich leicht, um die mit der Umsetzung der bundesrechtlichen Vorgaben verbundenen Kostensteigerungen abzufedern.

Im Bereich der Sozialhilfe werden die Pauschalen überprüft und einzelne Subventionsprozesse digitalisiert. Das Amt koordiniert zudem den Ausbau der Zusammenarbeit mit Gemeinden und privaten Institutionen zur Optimierung der Unterbringung und Kostenkontrolle.

Amt für Gesundheit

Im Amt für Gesundheit werden Massnahmen des Geriatrie- und Demenzkonzepts per Ende 2025 aus dem Objektkredit gelöst und mit reduziertem Umfang in den Regelbetrieb überführt (Massnahmen in den Handlungsfeldern «Autonomie und Selbständigkeit» und «Früherkennung, Assessment und Triage»). Sistiert, vorerst für ein Jahr, wird das Handlungsfeld «Fachkompetenz». Das Handlungsfeld «Innovation & Entwicklung» wird nicht weitergeführt. Damit entfallen ab 2026 kantonale Beiträge an flächendeckende Demenz-/Geriatriekurse. Diese Kosten tragen neu die Betriebe und Teilnehmende selbst. Diese Schritte senken den Sachaufwand im Vorsorge-/Pflege-Bereich. Die verbliebenen Inhalte werden innerhalb der ordentlichen Programme für Gesundheitsförderung/Prävention abgedeckt.

Aufgrund der Änderung des TG KVG (ambulante Versorgung und Pflegefinanzierung) werden Aufgaben von den Gemeinden zum Kanton verlagert: Prüfung und Einzug von Kostenrechnungen (Spitzenorganisationen, selbständig tätige Pflegefachpersonen), einheitliche Festlegung anrechenbarer Kosten, Festlegung von Höchstansätzen in der Pflegefinanzierung sowie Tarife für pflegende Angehörige. Zur Umsetzung dieser zusätzlichen Aufsichts- und Steuerungsaufgaben ist eine wissenschaftliche Stelle beantragt (Ausgestaltung, fachliche Prüfung, Tarifierung, Monitoring). Zudem ist die Beauf-

sichtigung der Ausbildungsverpflichtung von Spitex, Pflegeheimen und Spitälern sicherzustellen.

Der Kantonsärztliche Dienst weist moderat höhere Aufwände (u. a. infolge Bewilligungen/Registraturen, epidemiologischer Aufgaben und Digitalausbau) bei zugleich höheren Gebührenerträgen aus. Das Thurgauer Curriculum Hausarztmedizin wird fortgeführt und die Nachwuchsförderung Pflege läuft mit Beiträgen gemäss BG FAP weiter, Bundesbeiträge reduzieren dabei den Nettoaufwand.

Kantonales Laboratorium

Das Budget 2026 des Kantonalen Laboratoriums bleibt insgesamt stabil, zeigt jedoch Verschiebungen innerhalb des Gesamtaufwands. Im Bereich der chemischen Analytik werden aufgrund neuer Anforderungen des Bundes zusätzliche Untersuchungen zu PFAS-Rückständen durchgeführt. Diese führen zu einem leicht höheren Aufwand bei Laborchemikalien und Verbrauchsmaterial.

Im Gegenzug sinken die Ausgaben für Reise-, Weiterbildungs- und Unterhaltskosten. Der Personalaufwand bleibt konstant. Bestehende Kapazitäten werden auf prioritäre Untersuchungsfelder fokussiert.

Das Labor setzt die Überwachung der Lebensmittelsicherheit und der Trinkwasserqualität fort und unterstützt die Gemeinden bei der Kontrolle von Wasserwerken und Verpflegungsbetrieben. Darüber hinaus werden Prozesse zur elektronischen Datenübermittlung weiterentwickelt, um Doppelprüfungen und Papieraufwand zu reduzieren.

Budget 2026 Räte

Der Gesamtaufwand der Räte steigt gegenüber dem Vorjahr um rund 182'000 Franken (+3.8 %), während der Ertrag leicht sinkt. Der Saldo verschlechtert sich um 198'000 Franken, was vor allem auf die einmaligen Veranstaltungen im Jahr 2026 und die höheren Sitzungsgelder im Parlament zurückzuführen ist.

Beim Regierungsrat erhöhen sich die Aufwendungen für Repräsentation und Konferenzen um rund 230'000 Franken. Diese betreffen die Organisation des Kantonsabends am ch-Regierungsseminar, den Tag der offenen Tür im Verwaltungsgebäude Vorstadt, den Auftritt als Gastkanton an der Vereidigung der Schweizergarde sowie die Durchführung der ORK-Plenarkonferenz. Zudem fallen ab 2026 geringere Erträge aus Verwaltungsratsstätigkeiten einzelner Regierungsmitglieder an.

Beim Grossen Rat sinkt der Gesamtaufwand leicht (–3.8 %) aufgrund von Einsparungen bei Informatikprojekten. Gleichzeitig steigen die Kosten bei den Sitzungsgeldern um rund 92'000 Franken, da mehr Sitzungen stattfinden und die Entschädigungen gemäss dem angepassten Beschluss angepasst wurden.

Das Projektportfolio der Parlamentsinformatik wurde redimensioniert, mit Fokus auf die Einführung und Integration des CMI-Systems. Nach Abschluss des Projekts werden die Betriebskosten im Finanzplan entsprechend tiefer ausfallen.

Budget 2026 SK

Zentrale Dienste

Der Aufwand der Zentralen Dienste erhöht sich im Budget 2026 moderat. Grund dafür sind die Einführung neuer Projekte im Bereich Digitalisierung, Datenschutz und E-Government. Insbesondere die Umsetzung des kantonalen Datenschutzgesetzes, der Aufbau des zentralen Datenschutz- und Informationssicherheitsmanagements sowie die Einführung von E-Voting erfordern zusätzliche Ressourcen.

Zur Unterstützung dieser Vorhaben werden zwei neue 50%-Stellen geschaffen – eine im Bereich Datenschutz und Informationssicherheit, eine zur Unterstützung des E-Voting-Pilotprojekts ab März 2026. Darüber hinaus wird eine befristete Stelle in der Dienststelle Kommunikation verlängert, um die technische und inhaltliche Erneuerung der rund 125 kantonalen Webauftritte sicherzustellen.

Im Sachaufwand werden gleichzeitig Reduktionen realisiert, unter anderem durch tiefere Ausgaben für Kommunikationsprojekte, Abonnemente und Repräsentationskosten. Auch das Statistische Jahrbuch wird nicht mehr fortgeführt. Insgesamt resultiert ein leicht erhöhter Gesamtaufwand, der jedoch vollständig projektbezogen begründet ist.

Amt für Daten und Statistik

Das Amt für Daten und Statistik weist im Budget 2026 eine moderate Zunahme des Personal- und Sachaufwands aus. Hauptgrund sind zusätzliche Aufgaben im Bereich der Gesundheits-, Sozial- und Bildungsstatistik, die im Rahmen bundesrechtlicher Harmonisierungsvorgaben künftig kantonal koordiniert werden müssen.

Zur Bewältigung dieser Aufgaben ist eine zusätzliche Fachstelle für Datenanalyse und Statistikkoordination vorgesehen. Diese unterstützt die Weiterentwicklung des kantonalen Datenmanagements, den Aufbau einheitlicher Schnittstellen zu den Departementen sowie die Qualitätssicherung bei den Datenerhebungen. Ein Schwerpunkt liegt auf der Integration der neu geschaffenen Gesundheitsstatistik und der Erstellung vergleichbarer Kennzahlen über sämtliche Aufgabenbereiche hinweg.

Die übrigen Mehrausgaben betreffen Investitionen in die Dateninfrastruktur, insbesondere in IT-Lizenzen, Hosting und externe Dienstleistungen im Bereich Datenarchitektur. Schulungen und Supportleistungen werden ausgebaut, um die fachliche Kompetenz in Statistik und Datenmanagement in der Verwaltung zu stärken.

Kostendämpfend wirken tiefere Aufwendungen für Druck- und Publikationskosten infolge der Umstellung auf rein digitale Veröffentlichungen. Mittel- bis langfristig soll die einheitliche Datenplattform eine effizientere Verwaltung und eine verbesserte Nutzung der kantonalen Datenbestände ermöglichen.

BLDZ (Büromaterial-, Lehrmittel- und Drucksachenzentrale)

Das Budget der BLDZ bleibt weitgehend stabil, zeigt jedoch Verschiebungen innerhalb der Kostenarten. Der Sachaufwand steigt leicht aufgrund höherer Porto- und Frachtkos-

ten. Ursache ist die wachsende Zahl eingeschriebener und A+-Sendungen im amtlichen Verkehr. Trotz fortschreitender Digitalisierung bleibt das Versandvolumen hoch. Die Subkommission erwartet von allen kantonalen Ämtern, dass sie ihre Versandpraxis kritisch prüfen und vermehrt digitale Kommunikationskanäle nutzen, wo dies rechtlich und organisatorisch möglich ist.

Einsparungen ergeben sich beim Materialaufwand durch Rahmenverträge und zentralisierte Beschaffung. Auch der Aufwand für Lagerhaltung und Abschreibungen sinkt leicht dank verbesserter Bestandsführung. Die Erträge aus internen Verrechnungen an Verwaltungseinheiten bleiben stabil und decken den grössten Teil der Aufwendungen.

Zudem werden 2026 weitere Schritte zur Digitalisierung des Bestellprozesses und zur papierlosen Rechnungsverarbeitung umgesetzt, was die Prozesskosten langfristig senken dürfte.

Finanzkontrolle

Die Finanzkontrolle plant im Budget 2026 mit einer stabilen Entwicklung des Personal- und Sachaufwands. Zur Effizienzsteigerung und zur besseren Nachverfolgung von Empfehlungen aus abgeschlossenen Prüfungen wird 2026 das neue Audit-Tool «TeamMate» eingeführt. Damit wird die Prüfplanung, Dokumentation und Berichterstattung digitalisiert und vereinheitlicht.

Der Personalbestand bleibt unverändert. Es ist eine interne Schulung der Revisionsmitarbeitenden für das neue System budgetiert. Die Arbeitsweise der Finanzkontrolle entwickelt sich damit weiter in Richtung digitaler Audit-Prozesse mit klar nachvollziehbaren Abläufen und standardisierten Risikobeurteilungen.

Schwerpunkte im Prüfplan 2026 bilden die IKS-Überprüfung in den Departementen, die Nachkontrolle von Vorjahresempfehlungen sowie die Effizienzprüfung bei Förderprogrammen. Der Aufwand für externe Expertisen und Reisetätigkeiten bleibt gering, was die Kostendisziplin wahrt.

Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029 DFS

Der Finanz- und Aufgabenplan 2027–2029 weist eine anhaltend hohe Dynamik in den Bereichen Soziales und Gesundheit auf. Demografiebedingte Mehrausgaben bei den Ergänzungsleistungen und in der Pflegefinanzierung prägen die Entwicklung. Auf der Ertragsseite werden stabile Steuereinnahmen erwartet, während Schwankungen bei Kapitalerträgen und Finanzausgleichsbeiträgen möglich bleiben. Die Investitionen im Sozialbereich bewegen sich auf ähnlichem Niveau wie 2026.

Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029 Räte

Im Finanz- und Aufgabenplan 2027–2029 zeigt sich, dass die temporären Mehraufwendungen 2026 in den Folgejahren deutlich zurückgehen. Mit dem Abschluss des CMI-Projekts im Jahr 2026 werden ab 2027 nur noch Betrieb und Support finanziert. Grösse-

9/9

re Repräsentationskosten sind erst 2029 wieder zu erwarten, wenn der Kanton Thurgau den Vorsitz der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) übernimmt.

Finanz- und Aufgabenplan 2027 - 2029 SK

Die Finanzplanung zeigt stabile Verhältnisse mit leicht steigenden Aufwendungen in den Bereichen Digitalisierung, Datenmanagement und Kommunikation. Die Einführung des elektronischen Amtsblatts im Jahr 2027 und der Betrieb des neuen DMS führen zu konstantem, aber moderatem Aufwand.

Amriswil, 10. November 2025

Der Subkommissionspräsident:
KR Gabriel Macedo